

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 13. April 1989

Blatt 727

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Einsatzmedaillen für Polizisten als Lebensretter (730/FS: 12.4.)
- Neuer Forstdirektor (731)
- Baufortschritt beim Krankenhaus im SMZ-Ost (732-734)
- Enquete über aktuelle Entwicklungen der Sozialarbeit (735)
- Planungsausschuß urgiert Verlängerung der Vorortelinie bis Meidling (737)
- Kranzniederlegung anlässlich der Befreiung Wiens (738)
- Dienstrechtliche Konsequenzen für die Verdächtigen in der Lainzer Mordaffäre (739)
- Wiener Gemeinderat (740ff.)

Kultur:

- Schwerpunkt „Seele“ bei den Wiener Festwochen (728/729/FS: 12.4.)
- „Tonstudio Brand“ im Hanakmuseum Lang-Enzersdorf (736)
- Gedenkstättenkonzert entfällt (nur FS)

Schwerpunkt „Seele“ bei den Wiener Festwochen

Wien, 12.4. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK präsentierte am Mittwoch das Programm der Wiener Festwochen 1989 (11. Mai bis 18. Juni), das von zwei Schwerpunkten — den Themen „Seele“ und „Freiheit und Menschenrecht“ dominiert wird.

Pasterk betonte, daß die Festwochen auch heuer wieder bei ihrem erfolgreichen Weg bleiben werden, mit einer Mischung aus Eigenproduktionen und hochkarätigen Gastspielen neue Wege aufzuzeigen und Schaufenster für kulturelle Entwicklungen zu sein. Besonders wies die Stadträtin auf die Ausstellung „Wunderblock — eine Geschichte der modernen Seele“ hin, in der — 50 Jahre nach dem Tod von Sigmund Freud — die wissenschaftliche und künstlerische Entwicklung zu Freud im 19. Jahrhundert dargestellt wird. Im Zuge der Ausstellung stelle die Klimatisierung der Reithalle im Messepalast eine wichtige Maßnahme für die weitere Planung in diesem Bereich dar. Eine weitere Ausstellung „Wiener Diwan: Sigmund Freud heute“ versuche die Auseinandersetzung zeitgenössischer Künstler mit den Erkenntnissen Freuds auszuloten.

Der zweite Themenschwerpunkt „Freiheit und Menschenrechte“ bezieht sich auf die 200. Wiederkehr des Jahres der französischen Revolution, aber auch auf heutige Ereignisse, die im Widerspruch zur Freiheit und zu den Menschenrechten stehen. Diesem Themenkreis gilt die Eröffnung der Festwochen, die unter dem Titel „1789 — 1989: Wien grüßt Paris. Paris grüßt Wien“ französische Stars wie Gilbert Becaud, Juliette Greco, die Rockgruppe La Mano Negra oder Sapho mit Wiener Künstlern auf dem Rathausplatz versammelt.

Neben den Symposien „Philosophie und Psychoanalyse“ und „Psychoanalyse und Musik“ ist auch eine Reihe künstlerisch bedeutender Gastspiele dem „Seele“-Thema zuzuordnen: Das Piccolo teatro di Milano bringt Pirandellos „Come tu mi vuoi“ in der Inszenierung Giorgio Strehlers nach Wien, das Deutsche Theater, Berlin/DDR, gastiert mit Ibsens „Gespenstern“ in der Inszenierung von Thomas Langhoff — eine weitere Inszenierung Langhoffs ist mit Volker Brauns „Übergangsgesellschaft“, Maxim Gorki Theater, Berlin/DDR, zu sehen. Die Deutsche Oper am Rhein zeigt Franz Schrekers „Die Gezeichneten“, und der brasilianische Regisseur Gerald Thomas stellt zwei Inszenierungen, „Ein Prozeß“ nach Franz Kafka und „Carmem Com Filtro“, in Wien vor. Das Musikfest der Festwochen steht unter dem Motto „Mythos und Seele“ und bringt darüber hinaus große Dirigenten wie Nikolaus Harnoncourt, Claudio Abbado, Daniel Barenboim und James Levine nach Wien.

Ein Festwochenhöhepunkt verspricht die Produktion der „Entführung aus dem Serail“ zu werden, die die Festwochen gemeinsam mit der Wiener Staatsoper und dem Theatre Royal de la Monnaie in Brüssel herausbringen. Ursel und Karl-Ernst Herrmann führen Regie. Nikolaus Harnoncourt hat die musikalische Leitung. Peter Zadeks Inszenierung von Wedekinds „Lulu“ am Deutschen Schauspielhaus Hamburg und die zeitgenössische Oper „Bremer Freiheit“ von Adriana Hölszky, Staatstheater Stuttgart, markieren weitere wichtige Ereignisse des Gastspieldirektors.

Dem Themenschwerpunkt Frankreich sind neben der Ausstellung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit auch in Österreich?“ im Historischen Museum der Stadt Wien zwei Theaterreihen zuzuzählen: Im Theater im Künstlerhaus präsentiert sich Frankreichs Off-Szene mit Avantgarde-Produktionen, im Französischen Kulturinstitut wird eine Reihe von Gastspielen vor allem neuester französischer Literatur gezeigt. Als Beitrag zur heutigen Situation der Freiheit und Menschenrechte ist schließlich das Musical „Sarafina! The Music of Liberation“ zu sehen, das sich mit der Apartheid in Südafrika auseinandersetzt. Die mitreißende Musik und das Spiel der

Bereits am 12. April 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

jugendlichen Laien machen dieses Stück zum Ereignis. Innovative Rock- und Popmusik gibt es bei der Serie „Big Beat“ im Messepalast zu hören, die Reihe „Big Motion“ bietet — korrespondierend dazu — unkonventionelles Theater. Das Kindertheater-Festival im Künstlerhaus und das Festival „Filme für kleine Menschen“ im Votiv-Kino wenden sich an die jüngsten Besucher.

Die zentrale Informationsstelle und Festwochen-Ticket-Ausgabestelle befindet sich im Theater an der Wien — das Ticket um 100 Schilling berechtigt Schüler, Lehrlinge, Studenten, Präsenz- und Zivildienstler bis 25 Jahre zum Kauf von bis zu 40 Prozent ermäßigten Eintrittskarten für alle Festwochenveranstaltungen. Karten für alle Veranstaltungen im Theater an der Wien, im Messepalast und im Künstlerhaus gibt es auch im Raimundtheater, im Ronacher, in der Stadthalle und auf dem Messeplatz. Der Kartenverkauf beginnt am Samstag, dem 15. April. (Schluß) gab/bs/rr

Forts. von Blatt 728

Einsatzmedaillen für Polizisten als Lebensretter

Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Für ihren Mut und ihre Einsatzbereitschaft, mit der sie drei Menschen bei Zimmerbränden retten konnten, wurden Mittwoch nachmittag acht Polizeibeamte von Stadträtin Christine SCHIRMER mit der Einsatzmedaille des Landes Wien ausgezeichnet. Bezirksinspektor Friedrich HÖGER und die Revierinspektoren Karl AMON, Karl SCHÄFER und Karl SEDELMAYER hatten im Mai 1988 ein älteres Ehepaar bei einem Wohnungsbrand gerettet. Die Revierinspektoren Bruno JENNY und Erich KAIL hatten gemeinsam mit den Inspektoren Georg GIULIANI und Josef LASCHITZ ebenfalls bei einem Zimmerbrand, im Juli 1988, eine Frau aus der brennenden Wohnung geborgen. Schirmer dankte in ihrer Laudatio den Beamten für ihr umsichtiges und tatkräftiges Handeln in einer besonders gefährlichen Situation. (Schluß) hrs/rr

Bereits am 12. April 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Neuer Forstdirektor

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION führte am Donnerstag Senatsrat Dipl.-Ing. Dr. Karlheinz BALLIK in sein neues Amt als Leiter der Magistratsabteilung 49 (Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien) ein. Ballik tritt damit die Nachfolge von Forstdirektor Obersenatsrat Dipl.-Ing. Wilhelm HANS an, der in den Ruhestand getreten ist.

Hans, seit 1955 im Forstamt beschäftigt, hatte die Abteilung seit 1981 geleitet. Ballik, Jahrgang 1941, seit 1968 im Forstamt, war zuletzt Abteilungsleiter-Stellvertreter gewesen.

An der Amtseinführung nahmen auch Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL, der Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für Umwelt, Freizeit und Sport Gemeinderat Otmar BRIX, Magistratsvizelektor Dr. Alfred PEISCHL, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Herbert BECHYNA, der frühere Forstdirektor Dipl.-Ing. Karl MELOUN sowie der Vorsitzende des Zentralausschusses der Personalvertretung Günter WENINGER teil.

Stadtrat Häupl dankte dem scheidenden Forstdirektor, in dessen Zeit ein Umdenkprozeß forciert wurde, daß nämlich der Wald nicht nur ein Wirtschaftsgut sei, sondern vor allem Erholungs- und Schutzfunktion habe. Die Erhaltung des Waldes erfordere eine umfangreiche konkrete Arbeit. Die Bestellung von Dr. Ballik zum neuen Forstdirektor gewährleiste ein hohes Maß an Kontinuität im inhaltlichen Verständnis dieser positiven Arbeit, die es fortzusetzen gilt.

Magistratsdirektor Bandion betonte, daß der Wald der wertvollste Teil der reichen und vielfältigen Natur Wiens sei. Der Vorzug und das Privileg Wiens, über einen für Großstädte ungewöhnlich ausgedehnten Waldbesitz zu verfügen, bedeute für die städtische Forstverwaltung zu allererst eine große Verpflichtung — nämlich, dieses unschätzbare Erbe auch für künftige Generationen zu sichern. Bandion wies darauf hin, daß dem Forstamt mit den Quellenschutzforsten weit außerhalb der Stadtgrenzen darüber hinaus auch eine Mitverantwortung für die Versorgung Wiens mit Hochquellwasser zukommt. „Forstdirektor zu sein, darf nicht nur ein Beruf, sondern muß auch Berufung sein“, sagte der Magistratsdirektor. (Schluß) ger/gg

Baufortschritt beim Krankenhaus im SMZ-Ost

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gab Mittwoch abend in seiner Gesundheitspolitischen Presse-runde einen Bericht über den Baufortschritt bei der Errichtung des Schwerpunktkrankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost. Dem-nach liegen die Bauarbeiten voll im Termin- und Kostenplan.

Vertrauensverhältnis wieder herstellen!

Zu Beginn der Presserunde bat der Gesundheitsstadtrat um Verständnis dafür, daß es — trotz der vergangenen furchtbaren Ereignisse auf einer Ab-teilung im Krankenhaus Lainz — möglich sein müsse, an die Zukunft zu denken. Ein Teil dieser Zukunft sei das neue Krankenhaus im SMZ-Ost, das ein wirklich humanes Spital werden wird.

Zur derzeitigen Situation in den Krankenhäusern meinte der Stadtrat, daß man nun den Schock, den Patienten, Pflegepersonal und Ärzte erlitten hät-ten, überwinden und wieder ein Vertrauensverhältnis zwischen allen schaffen müsse. Vor allem müsse man erreichen, daß die Patienten keine Angstgefühle haben. Er habe gehört, daß sich ein Patient aus Angst keine Insulinspritze geben lassen wollte. In diesem Zusammenhang appellierte er an die Massenmedien, nicht durch überspitzte Berichterstattung Angst bei den Patienten zu erzeugen.

Aus den bisher rund 600 Anrufen beim Spitalsombudsmann gehe hervor, daß der größte Teil der Anrufer ruhig und sachlich argumentiere. In vielen Fällen wurde Schwestern, Pflegern und Ärzten für ihre Arbeit im Kranken-haus gedankt, nur in wenigen Fällen gebe es negative Pauschalurteile. Von einem Gespräch mit dem Wiener Polizeipräsidenten Dr. Günther BÖGL berichtete der Stadtrat, daß kein Verdacht bestehe, daß noch jemand an den Mordfällen in Lainz beteiligt sein könnte.

Krankenhaus im SMZ-Ost: 1. Ausbaustufe 1992 fertig

Mit einem umbauten Raum von rund 950.000 Kubikmetern und rund 5.500 Räumen wird das Krankenhaus im SMZ-Ost eines der größten Bauwerke Wiens sein. Die 1. Baustufe umfaßt 544 Betten mit den dazugehörenden Untersuchungs- und Behandlungsbereichen und wird 1992 fertiggestellt werden. Die 2. Ausbaustufe mit 244 Betten und den entsprechenden Am-bulanzbereichen wird 1994 zur Verfügung stehen. Die Baukosten betragen 5,25 Milliarden Schilling, dazu kommen 770 Millionen Schilling für die Ein-richtung (Preisbasis 1983). In einer 3. Ausbaustufe ist die Errichtung einer Psychiatrischen Abteilung mit 120 Betten und die Installation eines Kern-spintomographen und einer Tumorbestrahlungsanlage vorgesehen. In den dreieinhalb Jahren seit dem Spatenstich für das neue Krankenhaus im SMZ-Ost wurde der Rohbau der 1. Ausbaustufe bereits zu 95 Prozent fertig-gestellt. Die weiteren bisherigen Bauleistungen: Dach: 90 Prozent, Ausbau: 60 Prozent, Fassade und Fenster: 50 Prozent, Estrich: 50 Prozent, Innen-wände: 50 Prozent und ebenfalls 50 Prozent der Haustechnik, also Hei-zung-Lüftung-Klima sowie Sanitär- und Elektroinstallationen. Von der 2. Ausbaustufe ist der Rohbau schon zu 60 Prozent hergestellt.

Betriebsorganisationsplanung durch Mitarbeiter der Stadt Wien

Wie Stadtrat Stacher erklärte, wurde vor genau zehn Jahren, also im April 1979, aus sechs Mitarbeitern der Stadt Wien eine „Projektgruppe Raum- und Funktionsprogramm“ gebildet, die sofort mit der Arbeit begann und schon Anfang 1980 das Raum- und Funktionsprogramm für das Kranken-haus SMZ-Ost vorlegen konnte.

Ursprünglich hatte die Stadt Wien von 17 Beratungsfirmen Angebote zur

Ausarbeitung des Raum- und Funktionsprogrammes und der Betriebsorganisationsplanung eingeholt. Die hohen Angebotspreise führten jedoch zu der Überlegung, das bei den Mitarbeitern der städtischen Krankenanstalten vorhandene Wissen und die Erfahrungen aus dem täglichen Krankenhausbetrieb zu nützen, und die Planungen mit eigenem Personal durchzuführen.

Nach Abschluß des Raum- und Funktionsprogrammes übernahm die Projektgruppe auch die Betriebsorganisationsplanung für das neue Spital. Für die einzelnen Organisationseinheiten wurden jeweils Arbeitskreise gebildet, und Fachleute zur Mitarbeit eingeladen. In der zehnjährigen Tätigkeit der Planungsgruppe haben bisher 112 Mitarbeiter aus ärztlichen, medizinisch-technischen, pflegerischen, technischen und administrativen Funktionsbereichen der Stadt Wien an der Betriebsorganisation mitgewirkt. Der Arbeitsaufwand betrug rund 30.000 Stunden.

Die Betriebsorganisationsplanung gliedert sich in vier Abschnitte, von denen zwei — das Raum- und Funktionsprogramm und die Grobplanung der Betriebsorganisation — bereits abgeschlossen sind. Auch ein großer Teil der Detailplanung ist fertiggestellt. Derzeit wird an der Feinplanung der Einrichtung, des Personalbedarfes und des Sachaufwandes sowie an der Inbetriebnahmeplanung (Aufbau- und Ablauforganisation, Organisationshandbücher, Stellenpläne und Stellenbeschreibungen) gearbeitet.

Das Führungsteam ist bereits bestellt

Damit die kollegiale Führung und die Leiter der 14 Abteilungen, sieben Institute und der Apotheke noch an der Feinplanung und der Inbetriebnahmeplanung mitarbeiten können, wurde, so der Gesundheitsstadtrat, das gesamte Führungsteam für das Krankenhaus im SMZ-Ost bereits bestellt. Die kollegiale Führung besteht aus dem ärztlichen Direktor (Univ.-Prof. Prim. Dr. Karl TRAGL, der zugleich auch die 1. Medizinische Abteilung leiten wird), dem Verwaltungsdirektor (Oberamtsrat Walter REINAGL) und der Direktorin des Pflegedienstes (Josefa STICH).

SMZ-Ost bedingt Änderungen in anderen Spitälern

Da in Wien die Zahl der Akutbetten nicht vermehrt werden darf, ja infolge der Auflagen des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds sogar noch weiter verringert werden muß, müssen mit der Inbetriebnahme des Krankenhauses im SMZ-Ost in anderen städtischen Spitälern Abteilungen geschlossen werden. Dabei geht es dann auch darum, wie Stadtrat Stacher erklärte, die bestmögliche regionale Verteilung der Spitalsbetten in Wien sicherzustellen. Die Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen arbeitet daher derzeit an einem neuen „Zielplan für das Gesundheits- und Spitalswesen Wien“, der noch in diesem Jahr fertiggestellt werden soll. Der Zielplan wird auf das Jahr 2000 ausgerichtet sein und selbstverständlich nicht nur die neue Struktur der Krankenanstalten berücksichtigen, sondern auch die präventive Gesundheitspolitik darstellen und die Außenversorgung durch die niedergelassenen Ärzte umfassen.

Beträchtliche Energieeinsparungen im SMZ-Ost

Um im neuen Krankenhaus die bestmögliche Energieversorgung mit den geringstmöglichen Energiekosten im Betrieb sicherzustellen, erhielt die Krankenhausberatungsagentur (KBA) von der Stadt Wien einen Forschungsauftrag, der nun abgeschlossen ist. Die KBA begleitete die Planung des Projekts in den Bereichen Bau- und Haustechnik mit den neuesten EDV-Simulations- und -Optimierungsmethoden und entwickelte dafür das Planungsinstrument C.A.S.E. (Computer Aided Systems Engineering). Die Berechnungen konnten nur auf Großrechenanlagen — in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Wien — durchgeführt werden. Das Krankenhaus im SMZ-Ost ist das erste Projekt in Österreich, bei dem die

Forts. von Blatt 732

Forts. auf Blatt 734

Planungsoptimierung in großem Umfang und in höchster Genauigkeit erfolgte.

Der Abschlußbericht der Krankenhausberatungsagentur wird, wie Stadtrat Stacher ankündigte, demnächst vorgelegt werden. Die KBA rechnet damit, daß auf Grund ihrer Forschungsarbeit bei der Errichtung des Krankenhauses im SMZ-Ost 50 bis 70 Millionen Schilling an Investitionskosten eingespart werden konnten, und die jährlichen Folgekosten um 17 bis 20 Millionen Schilling reduziert werden können.

Einige Ergebnisse der umfangreichen Berechnungen der KBA

- Die Zahl der geplanten Transformatoren konnte von etwa 30 auf 23 verringert werden.
- Die Umformerleistung konnte um etwa 50 Prozent reduziert werden.
- Für die medienführenden Leitungen wurde die bestmögliche Isolierung ermittelt, was in einzelnen Fällen die Verteilverluste um bis zu 40 Prozent verringert.
- Ohne den Behaglichkeitsstandard zu beeinträchtigen, waren Reduktionen in der Ausstattung mit lufttechnischen Anlagen möglich. Einsparungen im Betrieb werden sich durch das Abschalten oder die Verringerung der Luftvolumsströme außerhalb der Betriebszeit ergeben.
- Durch den Einsatz modernster Lichtsparmethoden konnten die Lichtanschlußleistungen um bis zu 50 Prozent reduziert werden.
- Die gesamte Bauhülle wurde für jede Fassade technisch und ökonomisch optimiert. Das Krankenhaus ist — auch aus internationaler Sicht — eines der ersten Großbauprojekte, wo für jede Fassade „maßgeschneiderte“ Bauhüllen realisiert wurden.
- Durch bestmögliche Isolierungen konnte der Wärmebedarf weiter verringert werden.
- Durch genaue Simulationen der Schattenwürfe konnte ein maßgeschneidertes Jalousienkonzept ausgearbeitet werden.

Fertige Bauteile des SMZ-Ost

Das Sozialmedizinische Zentrum Ost besteht außer dem Krankenhaus aus einer Reihe weiterer Einrichtungen, die in den Jahren 1975 bis 1982 gebaut wurden und schon in Betrieb sind:

- In der Krankenpflegeschule können in vier Jahrgängen 220 Schüler und Schülerinnen ausgebildet werden. Das dazugehörige Internat hat 180 Einzelwohnräume.
- Das Personalwohnheim umfaßt 500 Wohneinheiten, die jeweils 30 Quadratmeter groß und mit Vorraum, Kleinküche, Bad und Loggia ausgestattet sind. Die Tiefgarage verfügt über 95 Pkw-Abstellplätze.
- Das Pflegeheim hat 405 Pflegebetten in Ein-, Zwei- und Dreibettzimmern und verfügt über alle Einrichtungen eines geriatrischen Krankenhauses. Im geriatrischen Tageszentrum werden ältere Menschen betreut, die zu Hause nicht die nötige Pflege finden.

Die bereits fertiggestellten Bauteile haben einen umbauten Raum von zusammen rund 250.000 Kubikmetern und wurden mit Kosten von 867 Millionen Schilling errichtet. (Schluß) sc/gg/bs

Forts. von Blatt 733

Enquete über aktuelle Entwicklungen der Sozialarbeit

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Die vor kurzem erfolgte Beschlußfassung über das neue Jugendwohlfahrtsgesetz im Parlament gibt der Donnerstag abgehaltenen Enquete „Berufsfeld Gesellschaft“ des Jugendamtes der Stadt Wien, die sich mit innovativen Arbeitsansätzen der Sozialarbeit beschäftigte, besondere Aktualität, erklärte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Donnerstag. Nach der Beschlußfassung über das neue Jugendwohlfahrtsrecht auf Bundesebene werden nun die Ausführungsgesetze der Länder zu erarbeiten sein, denn die Durchführung liegt in der Kompetenz der Länder, führte Smejkal aus.

Im Bereich der Sozialarbeit des Jugendamtes der Stadt Wien liegen bereits Erfahrungen mit Projekten vor, die den Zielsetzungen der Jugendwohlfahrtsreform entsprechen. Einige dieser zukunftsweisenden Projekte wurden auf der Enquete vorgestellt, sagte Smejkal.

Das Jugendamt der Stadt Wien hat bereits auf der Basis der geltenden gesetzlichen Bestimmungen im Rahmen des Wiener Weges der Jugendwohlfahrt neue Schwerpunkte gesetzt. Vorrang erhielten dabei Serviceangebote für Familien. Die Förderung der Erziehung in der Familie durch unterstützende Angebote führte weiters dazu, daß die Unterbringungen von Kindern oder Jugendlichen in Heimen stark zurückgingen, unterstrich Smejkal. Waren zu Beginn der siebziger Jahre noch rund 3.600 Kinder laufend in Heimen untergebracht, so beträgt diese Zahl heute 1.512 (Februar 1989). Anfang der siebziger Jahre wurden über 1.700 Kinder pro Jahr neu in „Gemeindepflege“ (Heime oder Pflegefamilien) übernommen; 1988 waren es 621.

Schwerpunkt „Kinderschutz“

Im neuen Jugendwohlfahrtsgesetz wird die Zielsetzung, die gewaltlose Erziehung zu fördern, besonders betont. Das Jugendamt der Stadt Wien sieht darin einen wesentlichen Schwerpunkt seiner Aufgaben. Zahlreiche Angebote der Erziehungsberatung unterstützen Eltern dabei, Gewalt jeglicher Art aus der Erziehung zu verbannen. Die Angebote der Krisenhilfe wurden in den letzten Jahren ausgebaut, und durch das Wiener Kindertelefon „31 66 66“ wurde eine Notrufeinrichtung geschaffen.

Innovative Modelle

Anläßlich der Enquete wurden erste Erfahrungen des Projektes „Schuldnerberatung“ vorgestellt, resümierte Smejkal. Zwei Sozialarbeiter des Jugendamtes der Stadt Wien bieten dabei seit Mai 1988 Hilfen für verschuldete Familien an. Bis Ende 1988 wurden 112 Klienten beraten, deren Schuldenhöhe von 20.000 Schilling bis zu einer Million reichte. Die Hilfeleistungen beinhalten Kurzzeit- und Langzeitberatungen, wobei unter anderem durch Gläubigerverhandlungen und Schuldenregulierungen sowie Hilfestellungen der Sozialarbeit Verbesserungen der finanziellen Situation angestrebt werden.

Als weiteres innovatives Projekt wurden auf der Enquete Prävention und Bildungsarbeit in den vier neu eingerichteten Eltern-Kind-Zentren des Jugendamtes vorgestellt, die Information, Beratung und Hilfe für junge Eltern anbieten. Neuartige Serviceangebote sind dabei z. B. neue Formen der Elternschule, Mütter-Cafes, Stillgruppen und eine Vätergruppe.

Anhand von Erfahrungen des Projektes „Am Schöpfwerk“, bei dem in einer großen Wohnhausanlage Vertreter verschiedener Institutionen in einem Regionalteam zusammenarbeiten, wurde bei der Enquete institutionsübergreifende Gemeinwesenarbeit diskutiert. Dabei wurde gezeigt, wie Sozialarbeit durch regionale Kooperation über unterschiedliche ideologische Ausgangspositionen und über Kompetenzgrenzen hinweg möglich ist und durch soziokulturelle Arbeit Innovationen im Zusammenleben der Menschen angeregt werden können.

Weitere Themen der Enquete waren: sozialpädagogische Arbeit für Familien, die in einer Familienherberge leben und Familienhilfe aus der Sicht junger Sozialarbeiter, dargestellt unter Einsatz sozialanimatorischer Techniken. (Forts. mgl.) jel/gal

„Tonstudio Brand“ Im Hanakmuseum Lang-Enzersdorf

Wien, 13.4. (RK-KULTUR) Das „Tonstudio Brand“, das von einem der Pioniere der elektronischen Musik, dem Komponisten Max Brand, eingerichtet wurde, kommt ab 15. April ins Hanakmuseum in Lang-Enzersdorf. Das Tonstudio wurde von der Wiener Stadt- und Landesbibliothek an das Hanakmuseum verliehen, da dieses eine „Brand-Gedenkstätte“ einrichtet. Max Brand lebte von 1975 bis zu seinem Tod 1980 in Lang-Enzersdorf.

Der 1896 geborene Komponist war in den Zwischenkriegsjahren mit seiner Oper „Der Maschinist Hopkins“ schlagartig berühmt geworden. Als Jude war er gezwungen, in der nationalsozialistischen Ära zu emigrieren, und ließ sich 1940 in New York nieder. Dort wandte sich Brand zunehmend der elektronischen Musik zu. Mit Robert Moog, einem Elektroingenieur, der sich mit der Herstellung elektronischer Musikinstrumente befaßte, konstruierte er einen speziellen Synthesizer — einen der ersten! — und wurde damit zu einem der Pioniere auf diesem Sektor. Er richtete sich in mühevoller Kleinarbeit ein eigenes Studio ein, das er auch selbst finanzierte. Werke wie „The Astronauts“ und „Ilian“ sind Zeugnisse seiner Arbeit.

1975 kehrte Brand nach Wien zurück, ließ sich in einem gemieteten Haus in Langenzersdorf nieder und richtete dort mit großen Schwierigkeiten sein von New York nach Wien transferiertes Studio ein.

Nach seinem Tod gelangte sein Studio auf Wunsch seiner Witwe in den Besitz der Stadt Wien und fand einen neuen Standort in den Räumen der Musiksammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek. Auf Anfrage der Gemeinde Langenzersdorf, die bestrebt war, im Hanak-Museum eine „Brand-Gedenkstätte“ einzurichten, kam man aus inhaltlichen Überlegungen überein, das Studio als Leihgabe der Stadt Wien der Gedenkstätte in Langenzersdorf zur Verfügung zu stellen.

Das „Brand-Studio“ wird im Rahmen der Abschluß-Veranstaltungen der „Acustica“ am 15. April offiziell eröffnet. (Schluß) gab/rr

Planungsausschuß urgiert Verlängerung der Vorortelinie bis Meidling

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadtplanung beschäftigte sich Donnerstag unter anderem mit einem Bericht über die Verlängerung des Schnellbahn-Verkehrs zwischen Meidling und dem Westbahnhof und der Zusage der ÖBB, eine provisorische Station Hofwiesengasse einzurichten.

Alle drei im Gemeinderatsausschuß vertretenen Parteien forderten in diesem Zusammenhang Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA auf, an die ÖBB dahingehend zu appellieren, alles dazu zu tun, um diese Verbindung auch benutzerfreundlich zu gestalten.

Der Planungsausschuß begrüßt zwar das Provisorium, hält aber die — im übrigen nicht mit der Stadt Wien abgesprochene — derzeitige Lösung, insbesondere den 1-Stunden-Takt für unbefriedigend.

Stadtrat Dr. Swoboda: „Die Ambitionen der Stadt Wien gehen dahin, das öffentliche Verkehrsnetz weiter auszubauen. Wir drängen daher auf eine Gesamtkonzeption mit den ÖBB, die im konkreten Fall die benutzerfreundliche Verlängerung der Vorortelinie durch Hietzing und Meidling beinhaltet.“ (Schluß) lf/rr

Kranzniederlegung anläßlich der Befreiung Wiens

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Anläßlich der Befreiung Wiens durch die Sowjarmee am 13. April 1945 — dieser Tag jährt sich heute zum 44. Mal — fand Donnerstag vormittag beim Denkmal am Schwarzenbergplatz durch die Stadt Wien eine feierliche Kranzniederlegung statt, die von Stadtrat Johann HATZL vorgenommen wurde. (Schluß) pz/gg

Dienstrechtliche Konsequenzen für die Verdächtigen in der Lainzer Mordaffäre

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit der Mordaffäre im Krankenhaus Lainz gab Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA heute bekannt, daß im Falle aller verdächtigen Stationsgehilfinnen dienstrechtliche Schritte eingeleitet worden sind. Die beamteten Stationsgehilfinnen wurden mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert.

Die Stationsgehilfinnen im Vertragsverhältnis wurden ebenfalls mit sofortiger Wirkung entlassen.

Im Falle der Stationsgehilfin Dora Eugenia FERRADA AVENDANO, die heute vom Gericht enthaftet wurde, wird die Entlassung rückgängig gemacht. (Schluß) lf/gg

Wiener Gemeinderat

Debatte über die Mordfälle im Krankenhaus Lainz

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR Eveline ANDRLIK (SPÖ) trat um 14 Uhr der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen. Andrlík teilte mit, daß daran gedacht war, in einem von allen Parteien unterstützten Antrag Polizeipräsident Dr. BÖGL einzuladen, einen Bericht über den aktuellen Stand der Ermittlungen bei den Mordfällen im Krankenhaus Lainz zu geben. Bögl konnte diesem Wunsch nach Rücksprache mit dem Gericht nicht Folge leisten, um die Ermittlungen nicht zu gefährden.

Bürgermeister Dr. ZILK erinnerte daran, daß es nicht nur eine schwere Stunde für ihn und alle Gemeinderäte sei, sondern vielleicht die schwerste Stunde in der Geschichte des Gemeinderats überhaupt. Sinn der Sitzung kann es nur sein, alle Fragen offen und ehrlich zu diskutieren: „Nichts soll und darf unausgesprochen bleiben, das jemand als notwendig empfindet“. Zilk gedachte aller Krankenschwestern, Krankenpfleger und Ärzte, die unter großen seelischen Belastungen auch jetzt ihre Pflicht erfüllen. Zilk gedachte auch der Opfer und deren Angehörigen und bat den Gemeinderat, sich zu einer Trauerminute zu erheben.

Mitteilung von Stadtrat Stacher im Wortlaut

Nach der Trauerminute meldete sich Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER mit einer Mitteilung über die an der I. Medizinischen Abteilung des Krankenhauses Lainz von der Polizei festgestellten Mordfälle zu Wort.

Im April 1988 wurde ich von Univ.-Prof. Dr. Franz PESENDORFER angerufen und mir mitgeteilt, daß er auf Grund von Gerüchten, es würden Patienten nicht angeordnete Medikamente verabreicht, bei medizinisch auffälligen, nicht der Norm entsprechender Symptomatik, Untersuchungen auf Schlafmittel veranlaßt hat.

Am 19. April 1988 um 15.30 Uhr starb an seiner Abteilung die Patientin Anna URBAN (geb. 1904), bei der auf Grund dessen Benzodiazepine im Blut gefunden wurden, obwohl von ärztlicher Seite kein derartiges Medikament angeordnet oder injiziert wurde. Er hätte den Verdacht eines Fremdverschuldens, möglicherweise durch jemanden aus der Gruppe des Pflegepersonals. Ich wies ihn an, sofort die Kriminalpolizei zu verständigen, was am 20. April 1988 geschah. Von der Staatsanwaltschaft Wien wurde die gerichtsmedizinische Obduktion veranlaßt, das Ergebnis war negativ, die Untersuchung wurde eingestellt. Ich wies Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer darauf hin, daß die Ärzte in Zukunft besonders aufmerksam sein sollen. Am Abend des 4. April 1989 rief mich Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer wieder an und teilte mir mit, daß er bzw. seine Ärzte bei einem Patienten an Hand von Laborbefunden nun den Beweis haben, daß jemand — wahrscheinlich vom Pflegepersonal — in drei Fällen unbefugt Insulin gespritzt habe, das zu einem lebensbedrohenden hypoglykämischen Schock geführt habe. Kurz vorher wurde bei einem anderen Patienten die gleiche und primär unerklärliche Symptomatik als Hypoglykämie diagnostiziert.

Bei den letzten Patienten wurden besonders exakte Laborbefunde durchgeführt, unter denen ein Wert für eine Insulingabe beweisend sei. Die Patienten konnten durch entsprechende Behandlung gerettet werden. Ich empfahl ihm, nicht die lokale Kriminalpolizei einzuschalten, da ich den Polizeipräsidenten persönlich bitten wollte, die für eine Klärung beste Vorgangsweise zu wählen und die fähigsten Kriminalisten einzusetzen. Als Arzt war mir klar, wie schwierig hier ein tatsächlicher Nachweis zu erbringen war.

Ich erreichte Präsident Dr. BÖGL am 5. April um die Mittagszeit, schilderte ihm die Situation und richtete die Bitte an ihn, wirklich die besten Leute ein-

zusetzen, weil auch nur der Gedanke unerträglich ist, daß von einer Pflegeperson derartige Injektionen ohne Wissen der Ärzte verabreicht werden. Polizeipräsident Dr. Bögl versprach dies und machte mich noch darauf aufmerksam, daß er eine rückhaltslose Untersuchung ohne Ansehen von Personen durchführen werde und daß bei einem positiven Ergebnis damit zu rechnen sei, daß es in der Öffentlichkeit bekannt werde. Ich antwortete ihm, daß mir das völlig klar, aber auch gleichgültig sei, da man bei derartigen Verdachtsmomenten auf niemanden Rücksicht nehmen kann. Kurze Zeit darauf rief er mich an und teilte mir mit, daß er den Chef des Sicherheitsbüros Mag. EDELBACHER und den Leiter der Kriminalpolizeilichen Abteilung, Hofrat Mag. Dr. PRIEHSNITZ, informiert habe und daß alle Herren zu mir ins Büro kommen würden. Ich schlug dagegen vor, daß sich die Herren sofort mit Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer treffen sollten, der ja die Einzelheiten im Gegensatz zu mir kenne. Ich stellte die Verbindung her.

Am Freitag, dem 7. April, etwa um 16 Uhr, fand ich die Nachricht vor, ich solle Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer und Polizeipräsident Dr. Bögl anrufen. Zuerst erreichte ich Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer, der mir mitteilte, daß eine Schwester verhaftet worden sei und ein Geständnis ablegte, eine zweite wahrscheinlich vor der Verhaftung stehe. Etwa gegen 17 Uhr erreichte ich Präsident Dr. Bögl, der mich ersuchte, ins Präsidium zu kommen und der diese Mitteilung nicht nur bestätigte, sondern auch verschiedene Einzelheiten bekanntgab. Diese wurden auch der Presse bekanntgegeben.

Auf Wunsch der Kriminalisten gab ich daraufhin die Weisung, daß Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer, seine Ärzte oder Schwestern mit niemandem ein Interview machen dürfen, damit die Untersuchungen nicht gestört werden. Dieses Verbot wurde in Übereinstimmung mit Präsident Dr. Bögl Sonntag mittags aufgehoben. Auch besuchte ich auf Wunsch der Polizei erst am Sonntag — gemeinsam mit Gemeinderat Dinhof — die Abteilung, um mich persönlich zu informieren.

Die vorgefundene Situation zeigte ein geschocktes Personal, sehr nette, z.T. die Schwestern tröstende Patienten, die nur teilweise Angst hatten. Es erübrigt sich darauf hinzuweisen, daß ich mich seit Freitagabend laufend über die Situation in den Spitälern informieren ließ. Ich darf auch feststellen, daß ich vielfach von den Medien über Einzelheiten gefragt wurde, die Fragen aber nicht beantworten konnte, da ich keine detaillierte Information über die Ergebnisse der Vernehmungen hatte.

Sonntag, den 9. April am Abend wurde ich über die vierte Verhaftung informiert, wobei zu diesem Zeitpunkt die Zahl von 42 Morden und zwei Mordversuchen feststand. Bis heute sind es zumindest 49 Morde.

Am Montag (nachmittag) erhielt ich auf meine Bitte an Mag. Edelbacher die Kopie des Haftantrages, aus dem ich einige wesentliche Passagen wiedergeben möchte, um eine subjektive Darstellung zu vermeiden:

Am 5. April 1989 erstattete Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer Anzeige und äußerte den Verdacht, daß in drei Fällen, nämlich am 15. März 1989 dem Patienten Franz Frey, geb. 20.12.1918, am 1. April 1989 dem Patienten Franz Kohout, geb. 13.4.1909 und am 3. oder 4. April 1989 einem Patienten namens Lonitzer von einem unbekanntem Täter, der im Kreis des Pflegepersonals der Station D der 1. Medizinischen Abteilung zu suchen sei, Insulin in Überdosierung verabreicht worden sei, sodaß ein kritischer Zustand der Patienten eingetreten sei.

Speziell im Fall des Patienten Kohout sei dies sehr deutlich dokumentierbar. Dieser war wegen Durchblutungsstörungen des Hirns um ca. 16 Uhr des 1. April 1989 auf der Station aufgenommen worden. Sein Insulinwert betrug bei der Erstuntersuchung (zu dieser Zeit) ca. 8, um ca. 19 Uhr wurde der Patient, der ohne Wissen der Ärzte in ein anderes Zimmer gebracht worden war, von einem Arzt zufällig aufgefunden, und zwar in komatösem Zustand, wobei auch diese dramatische Verschlechterung des Gesund-

Forts. von Blatt 740

Forts. auf Blatt 742

heitszustandes von Schwestern (diensthabende Schwestern waren: Waltraud Wagner und Stefanie Mayer) nicht den Ärzten gemeldet worden war. Der Insulinwert betrug ca. 738 und konnte nur schrittweise durch Verabreichung großer Glukosegaben wieder gesenkt werden. Durch chemische Untersuchungen konnte nachgewiesen werden, daß der hohe Wert durch körperfremdes Insulin entstanden war, also der Patient eine Insulinspritze erhalten haben mußte, obwohl dies ärztlich nicht indiziert war. Ähnliche Ergebnisse sind beim Patienten Franz Frey dokumentiert.

Es wurde zunächst die mit Waltraud Wagner meistens dienstversehende Stefanie Mayer, Krankenschwester, geb. 20.12.1939 in Marburg, österr. Staatsbürgerin, verheiratet, vernommen: Sie gab an, daß schon seit Jahren das Gerücht ginge, daß weit mehr Patienten als üblich stürben, wenn Schwester Wagner Dienst versehe. Schon vor zwei Jahren habe sie beobachtet, daß Wagner bei einem Vorgang, den sie „Mundpflege“ nannte, Patienten töte. Sie hätte die Zunge von geschwächten Patienten festgehalten und dann so viel Wasser in den Mund eingefüllt, daß ein Teil des Wassers in die Lungen eindrang und einen Erstickungstod herbeiführte. Da die Patienten altersmäßig Lungenödeme aufwiesen, sei nicht aufgefallen, wenn sich bei der pathologischen Untersuchung Wasser in den Lungen fand. Es seien einige Patienten daran verstorben. Auch habe sie in zumindest einem Fall einem zuckerkranken Patienten Traubenzucker gespritzt, um den Zuckerspiegel noch mehr zu erhöhen, damit der Patient „von der Station wegkomme“. Bezüglich der Fälle Kohout, Frey und Longitzer machte sie keine sachdienlichen Angaben.

Nach Information des Leiters der StA Wien, Dr. Olscher, wurde von diesem Haftantrag bezüglich Waltraud Wagner gestellt und JRI Dr. Eckbrecht-Dürckheim Haftbefehl wegen teils vollendeten, teils versuchten Mordes hinsichtlich Wagner erlassen.

Wagner gibt an, seit 1975 im Krankenhaus Lainz beschäftigt zu sein, 1981 sei sie nach einer Beschwerde eines Patienten wegen schlechter Behandlung an die 1. Medizinische Abteilung versetzt worden. Erstmals habe sie sich vor ca. 2 1/2 Jahren Gedanken gemacht, wie man Patienten „Sterbehilfe“ leisten könne. Dies habe sie auch mit einer gewissen Schwester Dora und einer weiteren Schwester besprochen. Im Gespräch sei man auf das Schlafmittel „Rohypnol“ gekommen, von welchem zwei bis drei Ampullen zu Atemlähmung und Herzstillstand führen. Sie habe dann begonnen, Patienten, denen es „schlecht ging“ Rohypnol zu injizieren, die dann darauf verstarben. Schwester Dora sei zumindest teilweise davon informiert gewesen und hätte sich mit den Worten „ist eh besser so“ dazu geäußert. Späterhin habe auch Schwester Dora erzählt, daß sie Patienten, denen es schlecht ginge „etwas gegeben habe“, worauf auch tatsächlich ein Patient verstorben sei. Auch sei sie, Wagner, fallweise von Schwester Dora aufgefordert worden, einen im schlechten Zustand befindlichen Patienten „zu erledigen“. Später habe sie auch die Methode der sogenannten „Mundpflege“, die schon oben beschrieben wurde, praktiziert, woran Patienten verstarben.

„Die Sterbehilfe“ sei ihr schließlich zur Gewohnheit geworden, bei der ersten Einvernahme gab sie an, an ca. 25 Personen die Herbeiführung des Todes unternommen zu haben, bei 20 sei es geglückt, fünf hätten dennoch überlebt. Bei der zweiten Einvernahme am heutigen Tag schätzt Wagner, daß sie etwa seit Sommer vorigen Jahres pro Monat ca. drei Patienten getötet habe und war auch in der Lage, nach Vorlage des Sterbebuches der Station 26 Patienten namentlich zu bezeichnen, die sie in diesem Zeitraum getötet hat. Auch konnte sie bei jedem einzelnen dieser Personen genau angeben, wie sie ihn tötete (durch welches Medikament oder durch welche Behandlung). Insbesondere ist Wagner auch geständig, die eingangs erwähnte Patientin Urban durch zwei Ampullen „Rohypnol“ getötet zu haben. Sie mußte aber auch schließlich zugeben, Patienten, die lästig

Forts. von Blatt 741

Forts. auf Blatt 743

waren, z.B. einer Frau, die schimpfte und randalierte — trotz Zuckerkrankheit — zusätzlich Traubenzucker gespritzt zu haben. Daran sollte der Patient aber nicht sterben, sondern bloß als Akutfall in eine andere Abteilung verlegt werden. Diese Patientin sei aber dann gestorben, wobei Wagner meinte, daß dies nicht auf ihre Injektion zurückzuführen sei. Auch der schon in der Anzeige des Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer genannten Franz Frey sei von ihr mit einer Insulinspritze behandelt worden, weil er „sehr ungut“ gewesen sei. Sie nahm dabei den Tod des Mannes bewußt in Kauf, sollte er dennoch überleben, würde er aber jedenfalls von ihrer Station verlegt werden, dachte sie.

Im übrigen belastete sie auch Stefanie Mayer, Daten bereits angeführt, die ausdrücklich in gleicher Weise wie sie, Wagner, mit der Methode der „Mundpflege“ einige Patienten getötet habe. Auch habe sie für eine weitere Schwester, Maria Gruber, eine Spritze hergerichtet, damit diese „Sterbehilfe“ leisten konnte.

Ferner habe sie die erstangezeigte Schwester Irene Leidolf in der Methode der „Sterbehilfe“ beraten und seien von dieser in der Folge etliche Patienten mit Injektionen getötet worden.

Daraufhin wurde von Staatsanwalt Dr. Gruber Haftantrag gegen Leidolf gestellt und Haftbefehl von Richterin Dr. Eckbrecht-Dürckheim erteilt.

Leidolf ist geständig, schon seit ca. 1982 zu wissen, daß Wagner „Sterbehilfe“ leiste, dann habe Wagner ihr auch an einer alten Frau demonstriert, wie man mit einer Rohypnolinjektion eine alte Frau töten kann. Die Patientin verstarb darauf. Es sei auch nicht richtig, daß Wagner nur Patienten getötet habe, denen es schlecht ging, vielmehr hätten Wagner und Schwester Stefanie Mayer ihr erzählt, daß schwierigen oder frechen Patienten „ein Zimmer beim lieben Gott“ verschafft worden wäre. Auch die Tötungsart der „Mundpflege“ sei ihr, Leidolf, von Wagner gezeigt worden. Leidolf ist überzeugt, daß von Wagner in den letzten beiden Jahren je 100 Patienten getötet worden wären.

Wegen dieser unglaublich hohen Zahl wurde sogleich mit Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer Rücksprache gehalten, der nach Durchsicht der Krankengeschichten der Verstorbenen sinngemäß mitteilte, daß in ca. 70 bis 80 Fällen eine Tötung der Patienten durchaus plausibel erscheinen könnte.

Auch Maria Gruber, die drittangezeigte Schwester, wird von Leidolf beschuldigt, eine unbekannte Zahl von Patienten auf diese Weise getötet zu haben.

Leidolf gibt zu, selbst ca. fünf bis zehn Patienten durch Rohypnolinjektionen getötet zu haben.

Auch gegen Maria Gruber wurde von Staatsanwalt Dr. Gruber Haftantrag gestellt, der Haftbefehl wurde von Dr. Kirschner erteilt. Sie gibt an, von Wagner in die Methoden der „Sterbehilfe“ eingeweiht worden zu sein. Sie selbst habe nur zwei Patienten „Rohypnol“-Injektionen gegeben. Sie legt Wert darauf, daß es sich bei diesen tatsächlich um todkranke, nicht mehr ansprechbare Patienten gehandelt habe.

Auf Grund der bisherigen Angaben wird zunächst versucht werden, die Opfer namentlich festzustellen, damit auch eine Beurteilung der Todesfälle durch Sachverständige erfolgen kann. Die weiteren Einvernahmen dienen der Konkretisierung von Tat Einzelheiten.

Das ist das wesentlichste aus dem Haftantrag. Die Schwester Dora Ferrada war zu diesem Zeitpunkt noch auf Urlaub. Sie meldete sich nach ihrer Rückkehr bei der Polizei, über das Ergebnis der Einvernahmen kann ich nichts sagen.

Ich darf ergänzend feststellen, daß in dem Haftantrag auch der erste Fall vom Jahre 1987 aufscheint. Ich erlaube mir, auch dieses Passus zu zitieren:

Forts. von Blatt 742

Forts. auf Blatt 744

Am 20. April 1988 wurde das Bezirkspolizeikommissariat Hietzing vom Leiter der 1. Medizinischen Abteilung des Krankenhauses Lainz, Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer, in Kenntnis gesetzt, daß am 19. April 1988 um 15.30 Uhr die Patientin Anna Urban, geb. 27. März 1904, auf seiner Station verstorben sei. Er äußerte den Verdacht des Fremdverschuldens am Todesfall, da im Blut der Patientin Benzodiazepine gefunden wurden, deren Vorhandensein unerklärlich war, zumal kein Benzodiazepin-hältiges Medikament ärztlicherseits verabreicht wurde. Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer äußerte auch den Verdacht, daß der Täter, der den Tod der Anna Urban herbeigeführt hätte, in einer bestimmten Dienstgruppe des Krankenhauspersonals zu suchen wäre. Die Gerichtsmedizinische Obduktion der Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft Wien beauftragt. Inzwischen konnte seitens des Sicherheitsbüros in Erfahrung gebracht werden, daß ein Arzt die Mitteilung gemacht habe, daß vom Pflegepersonal auf der Station D der 1. Medizinischen Abteilung des Krankenhauses Lainz „Rohypnol“ gespritzt werde, obwohl dies dem Pflegepersonal wegen der Gefährlichkeit einer solchen Verabreichung verboten sei. Dies war auch der Grund gewesen, warum das Blut von Urban auf das Vorliegen von „Rohypnol“ (Benzodiazepin) untersucht worden war. Es wurde seitens des Sicherheitsbüros versucht, den Namen dieses Arztes festzustellen, da er befragt werden sollte, woher er dieses Wissen habe und obersonst noch zur Aufklärung beitragen könne. Die Bekanntgabe des Namens dieses Arztes wurde sowohl von Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer als auch von OA.Dr. Salocher abgelehnt. Es solle erst das Ergebnis der gerichtsmedizinischen Untersuchungen abgewartet werden. Da am selben Tag von Gerichtsmediziner Univ.-Prof. Dr. Bauer mitgeteilt wurde, daß die erforderlichen chemischen Untersuchungen „Wochen dauern“ würden, wurde dennoch sogleich versucht, den Namen des Arztes, der nicht bekanntgegeben worden war, zu ermitteln. Der Arzt konnte am 25. April 1988 in der Person des Anästhesisten Dr. Alois Waschnig, der zwischenzeitlich an die orthopädische Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses gegangen war, ausgeforscht werden. Er gab an, daß er zu Ostern 1988 anlässlich eines Heurigenbesuches erfahren habe, daß es eine Person des Pflegepersonals gäbe, welche durch Verabreichen von „Rohypnol“ Patienten „ruhigstelle“. Er war nicht bereit, seine Quelle zu nennen und diese Information niederschriftlich zu Protokoll zu geben. Es konnte diese Spur daher seitens des Sicherheitsbüros nicht weitergefolgt werden.

Als das Obduktionsergebnis seitens des Institutes für gerichtliche Medizin mit Beinvenenthrombose und Lungenembolie bekanntgegeben wurde, bestand weiter kein Anlaß, dem Verdacht auf Tötung der Patientin Urban durch überdosiertes „Rohypnol“ nachzugehen. Das Ergebnis wurde der Staatsanwaltschaft Wien mitgeteilt, weitere Erhebungsersuchen wurden nicht anher gerichtet.

Der Vollständigkeit halber sei schon hier erwähnt, daß die zweitangezeigte Krankenschwester Waltraud Wagner am 7. April 1989 gestanden hat, Anna Urban durch Verabreichen von zwei Ampullen „Rohypnol“ vorsätzlich getötet zu haben.

Ich möchte feststellen, daß ich zum Zeitpunkt des Erhaltes dieses Berichtes erstmalig davon erfuhr, daß sich die Ärzte geweigert haben sollen, die Namen bekanntzugeben und daß ich das in diesem Falle nicht verstünde. Ich habe die Kopie davon sofort dem Herrn Bürgermeister übermittelt.

In den letzten Tagen stellte sich heraus, daß sich auch ein scheinbarer Unfall eines Patienten Pfandler am 6. Juni 1987 während des Umbaus der Abteilung als Mord zu erweisen scheint. Ich wurde damals durch den Bericht einer Tageszeitung darauf aufmerksam. Auch hier wurde die Kriminalpolizei eingeschaltet. Die Anzeige durch das Pathologische Institut des Krankenhauses Lainz wurde am 9. Juni 1987 an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Am 10. Juni 1987 erfolgte die telefonische Freigabe der

Forts. von Blatt 743

Forts. auf Blatt 745

Leiche durch die Staatsanwältin. Auf Betreiben des Sohnes des Patienten wurde doch, allerdings spät, eine gerichtliche Obduktion durchgeführt, die keinen Beweis für Fremdverschulden ergab.

Es erübrigt sich darauf hinzuweisen, wie schrecklich die Taten dieser Stationsgehilfinnen waren, es sei aber besonders betont, daß durch sie das jahrzehntelang erworbene Vertrauen der Patienten in die Spitälerschwerst erschüttert wurde. Selbstverständlich ist es auch für alle im Krankenhaus tätigen ein unerhörter Schock.

Gerade diese Tatsache veranlaßte mich, schon Sonntagabend, sowohl an Schwestern als auch Ärzte einen Brief zu konzipieren, den sie Montag Vormittag erhielten, in dem ich nicht nur meinem Entsetzen Ausdruck gab, sondern alle u.a. bat, sich den Patienten besonders zu widmen und besonders geduldig zu sein. Auch an Kranke schrieb ich einen Brief, der sofort verteilt wurde.

Gleichzeitig beauftragte die Magistratsabteilung 17 den Psychosozialen Dienst, Psychologenteams zuerst für Lainz, auf Anforderung auch für andere Spitäler, zusammenzustellen, die in einer Art psychologischer Krisenintervention den Schwestern für Gruppen- und Einzelgespräche zur Verfügung stehen. Seit gestern arbeiten vier bis acht Psychologen in Lainz.

Von mir wurde die Innenrevision der Magistratsabteilung 17, vom Herrn Bürgermeister die Magistratsdirektion mit einer Überprüfung der organisatorischen Belange dieser Abteilung beauftragt. Der Herr Bürgermeister hat gestern Herrn Prof. Dr. Pesendorfer vom Dienst suspendiert. Der Gemeinderat wird heute eine Expertenkommission beschließen.

Ich habe noch am Sonntag die Telefonnummer des Spitalsombudsmannes erweitert, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, Fragen zu stellen sowie auf Vorkommnisse und Fälle hinzuweisen. Bis gestern Abend sind fast 600 Anrufe eingetroffen, wobei sich 80 Prozent auf das Krankenhaus Lainz bezogen, davon etwa 60 Prozent auf die 1. Medizinische Abteilung. Die Anrufe werden fast ausschließlich von Trauer und Besorgnis getragen. Die Gespräche sind mit wenigen Ausnahmen sachlich. Nicht wenige Anrufer betonen, daß die Behandlung ihrer Angehörigen vor deren Ableben ausgezeichnet gewesen sei. Es riefen auch Patienten an, die sich wieder in das Krankenhaus Lainz legen würden.

Dort, wo dabei Angaben über Sterbefälle gemacht werden, werden sie der Kriminalpolizei übermittelt. Durch einige kleine Teams der MA 17 wird jeder, auch nur organisatorischer Hinweis überprüft.

Da mir diese Morde — besonders als Arzt — unerklärlich sind, habe ich Chefarzt Dr. Rudas gebeten, mit Experten psychologische Erklärungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Ein erster Vorbericht von Univ.-Prof. Dr. Strotzka und Dr. Rudas liegt vor. Ich darf daraus zitieren:

Aus psychologischer Sicht kann davon gesprochen werden, daß die willentliche Tötung von Patienten durch Personen, denen sie anvertraut waren, das Durchbrechen einen „Tabus“ darstellt. Die Funktion eines Tabus ist u.a. der „absolute Schutz“ für das Tabuierte. Zum Wesen eines Tabus gehört, das es nicht täglich neu „hinterfragt“ wird; eine Verletzung des „Tabus“ gilt „ausnahmslos“ als „unvorstellbar“. Solche „Tabus“ (und ihre Beachtung) sind grundsätzliche Voraussetzungen menschlichen Zusammenlebens. Werden sie durchbrochen, entstehen extreme Angst, Verunsicherung, Aggression und Schuldgefühle, auch bei Unbeteiligten. Dies ist im Krankenhaus Lainz geschehen.

Die grundsätzliche Annahme, daß Helfer nicht willentlich töten, galt als tabuisierte Voraussetzung für den Betrieb eines Spitals wie für unzählige andere Lebensbereiche.

Auf Grund der bisher vorliegenden Informationen ist vom Zusammentreffen mehrerer psychologischer Faktoren auszugehen:

Forts. von Blatt 744

Forts. auf Blatt 746

- 1) GLEITENDER BEGINN — Am Anfang steht ein Erstdelikt, das innerlich in irgendeiner Form „motiviert“ also „sich selbst zugestanden“ wird: Hier etwa Motiv „Sterbehilfe“, an „ohnehin Sterbenskranken“. Die Tat wird als „begründbare“ Ausnahme gesehen, die Überwindung der in jedem Menschen bestehenden Tötungsschranken wird damit für den Täter erstmals möglich.
- 2) WEITERE DELIKTE — Nach der Ersttat ist eine neue Situation für den Täter entstanden. Die Hemmschwelle für Tötungsakte sinkt. Immer mehr „Motive“ werden bei sich selbst „zugelassen“, vorhandene Phänomene der Macht und des Sadismus werden bestärkt, enthemmt und oft als „lustvoll“ erlebt. Dies kann zum weiteren Sinken der Tötungshemmungen und damit zur Häufung weiterer Taten führen.
- 3) Zur Frage der „Auffälligkeit“ von Tätern — Es besteht die weitverbreitete Annahme, Täter sei das (die) Merkmal(e) ihrer mangelnden Tötungshemmung in ihrem gesamten Verhalten anzumerken. Dies trifft mit großer Häufigkeit nicht zu. Es besteht daher eine Diskrepanz zwischen der allgemeinen Vorstellung (Projektion) „wie Mörder aussehen“ und der meist vorhandenen Unauffälligkeit von Tätern in Situationen außerhalb der Tat. Die Eigenschaft der herabgesetzten Tötungshemmung tritt bei zahlreichen Tätern in den Verhaltensmustern außerhalb der Tat-situation nicht in Erscheinung.

Forts. von Blatt 745

Ich habe mich bemüht, einen sachlichen Bericht als Basis für die folgende Diskussion zu bringen, die gar nicht anders als emotionell möglich ist. Es ist unfaßbar, daß — zumindest aus medizinisch-ethischer Sicht — Mörderinnen die Krankheit und Schwächen eines Menschen dazu verwenden, um diesen zu töten. Es ist auch keine aktive Sterbehilfe gewesen, wie sie selbst teilweise angaben, da kein Wunsch der Patienten zum Sterben bestand. Trotzdem bestätigen auch derartige Taten meine Meinung, daß eine aktive Sterbehilfe, also die Verabreichung von Giften etc., die den Tod vorzeitig herbeiführt, als Pseudorechtfertigung verwendet werden könnte. Deshalb ist sie abzulehnen.

Es sollten diese Taten auch nicht verniedlicht werden, indem man in Organisation, Ausbildung, Stellung etc. einen Grund sucht. Keine Berufszugehörigkeit, keine Ausbildung, keine Stellung, kein anderer Grund darf als Ausrede für Morde, besonders an Patienten, auch nur in Erwägung gezogen werden.

Unsere wichtigste und schwerste Aufgabe ist es nun, das Vertrauen der Kranken in das Pflege- und ärztliche Personal wieder zu gewinnen, den Pflegepersonen bei der Bewältigung dieser Aufgabe zur Seite zu stehen und alles bis ins kleinste Detail aufzuklären.

Wenn es nicht gelänge, wieder die notwendige Vertrauensbasis herzustellen, würde es weitere Gefahren für die Kranken geben, da eine optimale Behandlung nur bei einem optimalen Vertrauensverhältnis zwischen den Patienten, Schwestern und Ärzten möglich ist. Ich ersuche Sie alle, uns dabei zu helfen!

Wir alle werden später daran gemessen werden, was wir in diesen Stunden und Tagen der Katastrophe getan haben! Für mich ist es selbstverständlich, daß sich dessen jeder bewußt ist und danach handelt.

Debatte über die Mitteilung

GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) forderte in seinem Beitrag eine durchgehende Reform der Spitalsorganisation. Das jetzige unbewegliche System des Gesundheitswesens habe ebenso versagt wie die Dienstaufsicht in Lainz. Hirnschall kritisierte in diesem Zusammenhang, daß Primärärzte keine ge-regelte Dienstzeit haben, also oft nicht genügend im Spital präsent sind. Er forderte die ganztägige Anwesenheit der leitenden Ärzte im Spital. Auch die permanenten Verstöße gegen das Krankenpflegegesetz, die in der

Forts. auf Blatt 747

Überschreitung der Kompetenzen der Hilfsschwestern liegen, seien abzustellen. Im übrigen sei zu fragen, warum während des Nachtdienstes nicht der diensttunende Arzt die erforderliche medizinische Betreuung wie die Verabreichung von Spritzen übernehme. Hirnschall regte an, Jungärzte stärker zum Pflegedienst heranzuziehen. Derzeit warten allein in Wien 3.000 Jungärzte auf einen Turnusplatz. Bei den Krankenschwestern sollte ein Rotationssystem eingeführt werden, um die psychisch schwer verkraftbaren Dienste in bestimmten Stationen besser aufzuteilen. Hirnschall sagte, er sei sicher, daß notwendige Reformen auf großen Widerstand von Trägern des derzeitigen Systems stoßen würden. Aber wenn jetzt keine Änderungen erreicht würden, werde es sicherlich im Spitalswesen wieder zu tragischen Ereignissen — wenn auch möglicherweise in anderer Form — kommen.

Die Ereignisse in den letzten Tagen lassen nicht zu, nach anderen Beispielen zu suchen, wo ähnliches bereits stattgefunden hat, sagte Stadtrat Dr. BUSEK (ÖVP). Die Morde sind an einem Ort passiert, der von Menschen im Vertrauen aufgesucht wird, daß sie gesund werden oder ihr Leben verlängert wird. Der geäußerte Begriff „Tabu“ enthalte eine Form der Entschuldigung. Wir aber sind verpflichtet, zu untersuchen, warum jemand „Sterbehilfe“ als Lust empfinden könne und auf diese Weise Macht ausübe. Wir müssen uns über die Gründe im Klaren sein, die es ermöglicht haben, daß es so weit kommt. Was läßt uns Leid und Schmerz so schwer ertragen? Welche Bedeutung haben ältere Mitbürger in der heutigen Zeit? Ihr Leben werde relativiert. Wir müssen uns bewußt sein, daß die Erklärung, es sei ein Einzelfall gewesen, zu kurz greift. Offensichtlich gibt oder gab es ein Milieu, das solche Ereignisse ermöglicht oder nicht behindert hat. Ohne Empfindlichkeit gegenüber uns selber, aber mit aller Empfindlichkeit gegenüber dem Leben müssen jetzt die Untersuchungen stattfinden. Wir können nicht darüber reden, was das Alter wert ist, wenn nicht klar gesagt wird, was das Leben wert ist. Die Hemmschwellen sind gering geworden. Die Sprache im Spital sei ein Spiegel der Verhältnisse. Das plötzliche „Du“ gegenüber dem Patienten trete anstelle der gesellschaftlich üblichen Form, der Patient wird distanz- und respektlos angesprochen.

Wir haben die Aufgabe, die Mauer des Schweigens niederzureißen, sagte Busek. Er appelliere an jene, die Bestandteil der Mauer sind, sich dieser zu verweigern. An Stacher gewandt erklärte Busek, er sehe ihn nicht als Schuldigen, aber als Verantwortlichen an. In den Jahren seiner Amtszeit habe er am Entstehen dieses Systems wesentlich mitgewirkt. Die ÖVP werde trotzdem kein Mißtrauensvotum abgeben, weil sie es für kein geeignetes Mittel halte. Er, Busek, würde sich jedoch kaum als Chef einer Reform berufen sehen, die ein System verändern soll, das er selbst mitgestaltet hat. Es sei viel zu tun, und es sei nicht mit der Ablöse eines einzelnen getan. Er hoffe, sagte Busek, daß Stacher die Konsequenz als Ergebnis persönlicher Verantwortung ziehen werde. Busek meinte, die Mordserie wäre nicht möglich gewesen, wenn sich Schwester Wagner nach jedem Todesfall — auch gegenüber den Angehörigen — verantworten hätte müssen.

GR. Ilse FORSTER (SPÖ) sagte, Kranke und Wehrlose zu töten, sei eines der brutalsten Verbrechen. Aktive Sterbehilfe sei für sie unakzeptabel, kein Mensch dürfe den Tod eines anderen herbeiführen. Man müsse alles unternehmen, um den Menschen bis zum Tod helfend zu begleiten. In den letzten Jahren ist öfters in aller Welt von einer aktiven Sterbehilfe gesprochen worden, Untaten seien mit diesem Motiv quasi entschuldigt worden. Forster bedauerte, daß die Toleranz gegenüber Alten, Kranken und Behinderten immer geringer werde, daß diese zu sehr ins Abseits gedrängt würden. Jeder Mensch habe das Recht auf Hilfe, der Mensch müsse im Mittelpunkt des Handelns stehen.

Die Verunsicherung der Patienten, der Angehörigen und der Mitarbeiter habe sie erschüttert, das Ziel der Spitalsreform sei durch die Verunsiche-

Forts. von Blatt 746

Forts. auf Blatt 748

zung gefährdet. Nun gelte es, schnell das Vertrauen der Patienten wieder herzustellen.

Aus den Vorfällen müssen nun Konsequenzen gezogen werden, man solle daraus aber kein parteipolitisches „Hick-Hack“ werden lassen. Die Wiederherstellung des Vertrauens könne nur durch eine gemeinsame Zusammenarbeit erreicht werden. Einen Rücktritt von Gesundheitsstadtrat Dr. Stacher, so wie es ÖVP-Stadtrat Dr. Busek habe durchklingen lassen, lehnte Forster ab.

Forster brachte einen BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG aller drei im Gemeinderat vertretenen Fraktionen auf Einsetzung einer vom Magistrat unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Hintergründe der Mordserie ein:

„Zur Beurteilung — strafrechtlich nicht relevanter Hintergründe der Mordserie — ist umgehend eine vom Magistrat unabhängige Kommission, bestehend aus Persönlichkeiten aus dem Bereich der Medizin, verwandter Wissenschaftsgebiete und der Rechtswissenschaften einzusetzen.

Die Kommission, die vom Bürgermeister zu berufen ist, soll fünfzehn Mitglieder umfassen und aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden wählen.

Die Kommissionsmitglieder — Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland — dürfen in keinem dienst- bzw. auftragsrechtlichen Verhältnis zur Gemeinde Wien stehen.

Diese Kommission soll vor allem selbst Personen, insbesondere Bedienstete der Stadt Wien unter Aufhebung der Amtsverschwiegenheit und des Dienstweges, befragen und Lokalaugenscheine durchführen können. Aussagen vor dieser Kommission müssen unter Zusicherung und Wahrung der Vertraulichkeit und ohne berufliche Nachteile gemacht werden können.

Die Untersuchungsergebnisse der Beamtenkommission sind ihr vollständig und unaufgefordert zur Verfügung zu stellen. Außerdem sind organisatorische Maßnahmen zu treffen, daß alle Personen — unter Wahrung der Vertraulichkeit — einschlägige Mitteilungen an die Kommission machen können.

Die Tätigkeit der Kommission soll in längstens sechs Wochen abgeschlossen sein; der Untersuchungsbericht ist unmittelbar darauf schriftlich vorzulegen.

Über diesen Bericht hat ein Hearing mit Mitgliedern des Gemeinderates und Stadtsenates stattzufinden.

Die Untersuchungsergebnisse der Kommission und des Hearings sind den zuständigen Gemeinderatsausschüssen und dem Gemeinderat vorzulegen, um notwendige Maßnahmen veranlassen zu können.“

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Kein wie immer gearteter und je im Wiener Gemeinderat diskutierter Skandal reiche an das Drama der Ermordung von 49 Patienten des Pavillon V des Lainzer Krankenhauses heran, sagte GR. Karin LANDAUER (FPÖ). Eine Reform verkrusteter Strukturen, ein Umdenken in der Gesellschaft und der Respekt vor Kranken, Alten, Behinderten und Schwachen könne nicht durch ein politisches „Köpferollen“ in Form eines Rücktritts von Stadtrat Stacher erreicht werden. Sein „Abschied“ sei in dieser Situation nicht vorrangig. Es gehe vielmehr darum, über jene Zusammenhänge nachzudenken, die erst zum Täter machen. Landauer forderte die Überprüfung aller Pflegeheime, daß das Pflegepersonal nicht länger als zwei Jahre auf ein und derselben Station Dienst versee, die vermehrte Anstellung von Halbtagskräften, eine psychologische Betreuung des Pflegepersonals und das Durchbrechen starrer Krankenhaushierarchien hin zur Teamarbeit. Darüber hinaus sollten Primariate nur mehr an jene Ärzte vergeben werden, die der

Forts. von Blatt 747

Forts. auf Blatt 749

Anstalt zu 100 Prozent zur Verfügung stehen. Mehr Jungärzte sollten in den Pflegedienst, und Medizinstudenten sollten verpflichtet werden, in einem Teil ihrer Ferien als Pfleger zu arbeiten. Man habe es, äußerte Landauer den Verdacht, mit der Aufsichtspflicht nicht so genau genommen, nur so hätte es geschehen können, daß sich derartige unmenschliche Aggressionen unbemerkt aufgebaut hätten.

Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) sprach ihren Dank an alle Bediensteten in den Spitälern aus, die in dieser schwierigen Situation ihren Dienst versehen. Sie erinnerte daran, daß die Wiener ÖVP allein seit 1981 20 Anträge zum Spitalswesen eingebracht habe; darunter zwölf das Personal betreffend, vier die Spitalsorganisation und vier die Einrichtung eines Ombudsmannes und eines Patientenanwaltes. Auch der frühere Landtagspräsident Hahn habe unzählige Anfragen zum Spitalswesen, zur Situation der Krankenschwestern usw. gestellt. So sei bereits im Oktober 1983 der Antrag auf Aus- und Weiterbildung mit Hilfe von Supervisors einstimmig angenommen worden. Leider sei in der Zwischenzeit nichts geschehen, und der Antrag der ÖVP vom März 1989, in dem Supervisors für das Ärzte- und Pflegepersonal verlangt werden, erhalte nach den Vorfällen in Lainz beklemmende Bedeutung. Hampel-Fuchs verlangte, daß nur Supervisors eingestellt werden dürften, die in keinerlei Abhängigkeit zur Stadt Wien stehen: „Es soll die finanzielle Möglichkeit gegeben werden, daß sich das Personal die Supervisors selbst aussuchen kann.“ Weiters forderte die Stadträtin die Einrichtung eines unabhängigen Patientenanwalts — denn es sei unerträglich, wenn ein Untergebener des Stadtrates zugleich für die Behebung von Mängeln zuständig sein soll. Hampel-Fuchs brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Anträge jetzt eine Chance auf Realisierung haben, denn, so wörtlich, „das Kontrollsystem hat nicht funktioniert, funktioniert hat der Heurige“.

Das Vertrauen der Patienten sei tief gestört, erklärte Hampel-Fuchs, es müßten jetzt Signale gesetzt werden, um allen Patienten zu versichern, daß sie gut behandelt werden. Weiters betonte Hampel-Fuchs, es müsse Vorsorge für die Betreuung der Hinterbliebenen der Mordopfer getroffen werden. In diesem Zusammenhang sprach sich Hampel-Fuchs für die Einsetzung eines Psychologenteams aus, das Strategien und Maßnahmen für die Angehörigen überlegen soll.

GR. DINHOF (SPÖ) sprach sich dagegen aus, im Zusammenhang mit den Ereignissen von Lainz den Begriff der politischen Verantwortung für parteipolitische Zwecke zu verwenden und generell Berufsgruppen zu diffamieren. Dinhof sagte, auch die Presse sei in die Verantwortung eingebunden, die Patienten gerade jetzt nicht zu verunsichern. Zur Frage des Schwesternmangels in den Wiener Spitälern meinte Dinhof, daß die Stadt sehr wohl dieses Problem zu beheben suche, daß aber nicht, wie behauptet, ein Überhang von arbeitslosen Schwestern existiere. Zum Vorschlag der Rotation des Pflegepersonals bemerkte er, dies sei aus verschiedenen Gründen kaum möglich, man könne den Schwestern aber helfen, wie dies bereits mit Seminaren geschehe. Die Motivation der Schwestern funktioniere ja in vielen, wenn auch nicht in allen Bereichen. Dinhof sprach sich dafür aus, den Menschen — wie es ja die Sozialisten immer getan haben — noch mehr in den Vordergrund zu stellen.

GR Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) sagte, diese Abteilung sei schlecht geführt gewesen. Was ist das für eine Organisation, wo Morde jahrelang passieren können, ohne daß sie augenfällig werden? Was ist das für ein System, wo Hilfskräfte Zugang zu allen Medikamenten haben und sie unkontrolliert den Patienten verabreichen können? „Ich klage die verantwortlichen Leiter dieser Abteilung und die Verantwortlichen dieses Systems an. Ich klage ein System an, das Stationsgehilfen zwingt, ungesetzliche Handlungen zu setzen“, formulierte Schilling. Die moralische Mitschuld an den Ereignissen in Lainz treffe die Vorgesetzten und die über-

Forts. von Blatt 748

Forts. auf Blatt 750

geordneten Stellen. Die Forderung von Stadträtin Maria Hampel-Fuchs nach einem Rücktritt von Stadtrat Stacher entspreche deren und auch ihrer, Schillings, Auffassung von politischem und ethischem Handeln. Gemeinderätin Schilling brachte den ANTRAG ein, es sei ein unabhängiger Spitalsombudsmann einzusetzen, der Abteilungen besucht, mit Patienten spricht und Abhilfe schafft. Über diese Tätigkeit sei jährlich dem zuständigen Gemeinderatsausschuß ein Bericht vorzulegen. Schilling meinte, der Glaube könne dem Pflegepersonal die Kraft geben, mit dem täglichen Leid fertigzuwerden. Er werde jedoch in den Krankenpflegeschulen nicht vermittelt, obwohl eine gewisse Religiosität oder ethische Einstellung zum Mitmenschen weitergegeben werden sollte. Supervisoren — Psychologen, Psychotherapeuten und erfahrene Kollegen — sollten dem Pflegepersonal hilfreich zur Seite stehen. Der Tod der Opfer von Lainz müsse zu einer Veränderung im Gesundheitswesen führen.

GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ) drückte ihre tiefe Betroffenheit aus und meinte, Forderungen nach einem Rücktritt von StR. Stacher oder gegenseitige parteipolitische Beschuldigungen würden die Verunsicherung der Bevölkerung nicht verringern. Es gehe nun darum, den Schaden zu minimieren und das Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen. Gerade für die älteren Mitbürger sei in den letzten Jahren sehr viel geschehen, und der Anteil der 85 bis 90jährigen werde in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Durch die mobilen Schwestern, durch die Pflegestationen sei in der Seniorenbetreuung manches erreicht worden, die Pflegeheime seien keine Endstation mehr, viele Patienten konnten rehabilitiert wieder nach Hause entlassen werden. Die Pflegeheimkommission hat sich bewährt. Es sei nicht möglich, hinter jede Schwester einen Aufpasser zu stellen. Das verlorene Vertrauen in ein an sich gutes Gesundheitssystem könne nur mit Hilfe aller, der Ärzte, der Schwestern, des Pflegepersonals, aber auch der Politiker und der Medien wiederhergestellt werden.

Es sei eine erschütternde Auswirkung der Vorfälle in Lainz, sagte GR. Dr. RASINGER (ÖVP), daß vor allem ältere Patienten sich nun scheuen würden, ins Krankenhaus zu gehen. Man habe allzu lange von Patienten als Kostenverursachern gesprochen. Es gelte ein System zu kritisieren und zu korrigieren, das auch Ärzte als Defizitbringer sehe und das Gesundheitsökonomien gestatte, spezielle medizinische Behandlungen, zum Beispiel bei der Betreuung alter Menschen, aus Rentabilitätsgründen in Frage zu stellen. Ein Defizit, unterstrich Rasinger, könne es im Spital nicht geben, und das Vertuschen und Vermeiden von Diskussionen und Kritikpunkten verhindere konstruktive Verbesserungen. Man habe mit der Suspendierung Prim. Pesendorfers einen Willkürakt gesetzt und ein billiges Bauernopfer gebracht, was in der Folge die Reputation des medizinischen Personals in unangemessener Weise herabsetzen könne. Es herrsche in Wien kein Klima für konstruktive Kritik, und die Motivation des Krankenpflegepersonals werde vernachlässigt oder nicht ernst genommen. So funktioniere die innere Revision nicht, werde die seit fünf Jahren geforderte Supervision erst jetzt eingeführt und seien seit langem Probleme wie unausgewogene Dienstpläne, mangelnde Teamarbeit und die 48-Stunden-Woche des Krankenpflegepersonals ungelöst. Zwar habe die Politisierung der Primariate abgenommen, anerkannte Rasinger, doch gebe es noch nicht einmal Ansätze zur Lösung der Jungärzteproblematik und der sinkenden Ausbildungsqualität. In einer Gesellschaft, in der, wie zum Beispiel am deutschen Juristentag 1986, die Straffreiheit bei Tötung auf Verlangen diskutiert werde, und in einer Medienlandschaft, in der — wie heute abend im Club 2 — Prof. Hackethal Gelegenheit gegeben werde, für seine Form der „Sterbehilfe“ zu werben, müsse die Humanität wieder in den Vordergrund gestellt werden.

GR. Erich HUBER (SPÖ) wandte sich gegen die Meinung der Opposition, daß es sich bei den Morden in Lainz um eine Frage der Spitalsorganisation

Forts. von Blatt 749

Forts. auf Blatt 751

und des Gesundheitssystems handle: „Vier eiskalte berechnende Mörderinnen haben unter den Augen der Ärzte und des Pflegepersonals zugeschlagen“, sagte Huber. Es sei ein Kriminalfall, der in den Lehrbüchern der Kriminalistik seinen Niederschlag finden werde. Das Wiener Gesundheitswesen sei in Ordnung, das beweisen die zigtausenden Patienten aus Wien, den Bundesländern und aus dem Ausland. Unbestritten gebe es auch Personalmangel und Unzulänglichkeiten, die auf menschliches Versagen zurückzuführen sind. Heute gilt es, mehr als 22.000 Bediensteten im Spitalswesen, die fleißig, ehrlich und aufopfernd ihren Dienst versehen, Stütze und Halt zu geben, betonte Huber. Das Wiener Spitalswesen brauche keinen Vergleich zu scheuen, Wien hat mit 25 Prozent den höchsten Anteil an Ausbildungsplätzen für Krankenschwestern in Österreich im medizinisch-technischen Bereich sind sogar 37 Prozent der Ausbildungsplätze in Wien. Es gelte daher, den Schaden zu begrenzen, das Vertrauen der Patienten wieder herzustellen und zu festigen und nicht wie die Opposition, das Gegenteil zu tun. Huber betonte, die sozialistische Fraktion sei bestrebt, die Hintergründe zu beleuchten und, wenn es notwendig ist, Änderungen vorzunehmen. Sie werde aber auch jeden Versuch abwehren, aus den Morden politisches Kapital zu schlagen.

GR. FÜRST (ÖVP) sagte, wenn die Geschehnisse von Lainz nur ein reiner Kriminalfall wären, dann wäre diese Gemeinderatssitzung nicht notwendig. Über die strafrechtliche Relevanz hinaus gelte es auch Fehler und Mängel im System aufzuspüren und zu beseitigen. Fürst sprach auch die politische Verantwortung an, die man in diesem Zusammenhang nicht beiseite schieben könne. StR. Stacher sei für verschiedene Zustände und Mängel in der Spitalsorganisation verantwortlich, er habe in den 16 Jahren seiner Amtsführung diese Defizite nicht beseitigt. Es scheine auch so, als habe er — wie auch andere Verantwortliche — die ersten Verdachtsmomente, die im Jahr 1988 in Lainz auftauchten, nicht ernst genug genommen. Fürst sprach sich schließlich für Reformen auch im Bereich der öffentlichen Sicherheit, des Zivilschutzes und des Umweltschutzes aus, damit es nicht wieder zu Katastrophen kommen müsse, um Änderungen zu bewirken.

Gewalt und Tötung werden, erklärte GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ), in der Gesellschaft oft verharmlost, und darüber hinweg werde zur Tagesordnung übergegangen. Es gelte, eine Sensibilisierung der Gesellschaft zu erreichen. Man könne aber Mängel eines Systems, Überforderung oder Arbeitsleid nicht für Morde verantwortlich machen, denn dies sei, unter welchen Umständen auch immer, eine undenkbbare Konsequenz. Die Ausbildung des Krankenpflegepersonals sei eine außerordentlich sorgfältige, die sich auch auf psychologische und pädagogische Unterrichtsgegenstände stütze und das Personal auf den schwierigen Dienst am Krankbett bestmöglich vorbereite. Habe es vor 15 Jahren nur 560 Ausbildungsplätze an den Wiener Krankenpflegeschulen gegeben, so stünden nun 2.222 zur Verfügung. Auch der 2. Bildungsweg sei sehr frequentiert. Ein besonderes Supervisionsprogramm, sagte Stubenvoll, sei bei allen sozialen Berufen nötig. Es gelte aber auch, bestehende Strukturen und Hierarchien zu durchleuchten und an die Erfordernisse anzupassen. So könne sie sich vorstellen, daß auch die Ausbildung der Stationsgehilfinnen verbesserungsfähig sei. Das Risiko möglichst klein zu halten, sei sicher keine Sache politischen Kleingelds wie einer Rücktrittsforderung, sondern eine Frage verbesserter Voraussetzungen am Arbeitsplatz. Eine menschlichere Gesellschaft könne, äußerte Stubenvoll ihre Überzeugung, nur durch ein Mehr an Bildung und Erziehung erreicht werden. Nur wenn die Menschen lernen, mit ihrem Konfliktpotential umzugehen und Bildung nicht nur den Wissensbereich, sondern auch den rein menschlichen zu umfassen, könne dies erreicht werden. Die Ereignisse in Lainz dürften, warnte Stubenvoll, zu keiner Entsolidarisierung einzelner Berufsgruppen führen.

Forts. von Blatt 750

Forts. auf Blatt 752

Es gehe um die Solidarität und das Erkennen der humanitären Verantwortung, erklärte Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP). Viele Menschen unter ihnen auch Machthaber, würden nur aus Katastrophen, und selbst aus diesen nur bedingt, lernen. Über die politische Verantwortung könne man nicht unterschiedlicher Auffassung sein, wohl aber über die Konsequenzen daraus. Die Verantwortlichkeit bestehe für Informations-, Leitungs- und Organisationsmängel und komme auch dort zum Tragen, wo keine persönliche Schuld vorliegt. Das bedeute eine Verantwortlichkeit, wenn man von Mißständen zu spät erfährt, um Abhilfe schaffen zu können, wenn man sich nicht ausreichend informiert, wenn man weiß, daß Rechtsvorschriften nicht oder nur unzureichend eingehalten werden, oder wenn Rechtsvorschriften Unzulänglichkeiten ermöglichen. Wo die Grenzen für Konsequenzen liegen, lasse sich schwer beantworten und hänge vom Wertkodex der Gesellschaft oder der Gesinnungsgemeinschaft ab, der man angehört. Stacher habe sich der öffentlichen Diskussion gestellt und durch seine Zustimmung zur Untersuchungskommission gezeigt, wie er seine politische Verantwortlichkeit verstehe.

Forts. von Blatt 751

Univ.-Prof. Dr. Welan rügte Mängel im Parlamentarismus des Wiener Landtages und des Wiener Gemeinderates, die unter anderem dadurch zum Ausdruck kommen, daß die Opposition keinen Untersuchungsausschuß einsetzen kann. Ein Weniger an Ethik müsse zu einem Mehr an Kontrolle führen.

Die Probleme des Gesundheitswesens würden in kleinen, geschlossenen Kreisen diskutiert, wodurch eine Öffnung und Reform verhindert werde. Dabei müßte über Personal, Schulung, Organisation und Überforderung des Personals gesprochen werden. Es bestehe eine Hilflosigkeit im Umgang mit alten Menschen. Diese wirke sich vor allem auch in geschlossenen Häusern und Anstalten aus. Das Suchen und Finden des Sündenbocks im Leiter der betroffenen Abteilung verführe zu einer Politik der Gefühle. Das Gesundheitswesen müsse in die Öffentlichkeit getragen werden, denn nur eine öffentliche Diskussion werde zur Reform führen. Die Probleme des Helfens seien ein gesellschaftspolitisches Anliegen erster Ordnung. „Nehmen wir uns seiner an“, schloß Welan.

Er nehme zur Kenntnis, daß es zum Gesundheitswesen und zu den Vorfällen verschiedene Ansichten gebe, sagte Stadtrat STACHER in seinem Schlußwort. Es gehe nun darum, Mängel aufzuzeigen, Verbesserungen durchzuführen und vernünftig miteinander zu reden. Er habe im ersten Augenblick, nach Bekanntwerden der grauenhaften Morde in Lainz, zurücktreten wollen, sagte Stacher. Seine Freunde haben ihn jedoch abgehalten, weil es jetzt wichtig sei, alles zu tun, um die Situation zu bewältigen. Die einen verlangen das Rollen von Köpfen, die anderen suchen Schuldzuweisungen, wieder andere kaschieren ihre Betroffenheit. Wieder andere erkennen, daß sie durch Verschweigen von Mißständen selbst an Mißständen schuldig werden. Einige, dazu zähle er sich, arbeiten ohne Rücksicht auf die eigene Person, um das Vertrauen wiederherzustellen. Leider seien manche Politiker nicht bereit, am Gesamtsystem des Gesundheitswesens mitzuwirken, sie betreiben mit einer Teilpolitik Stimmenfang. Zuerst müsse man das Gesamtsystem besprechen, dann erst das Spitalsystem.

Zum Verlauf der Debatte meinte Stacher, er stimme dem ÖVP-Gemeinderat und Arzt Dr. Rasinger in vielen Dingen zu und sei sich auch mit ÖVP-Stadtrat Dr. Busek einig, daß man bei der Wortwahl vorsichtig sein müsse.

Die psychische Betreuung der im Spital Tätigen sei nötig, Druck und Arbeitsanforderungen seien oft sehr belastend. Viele der heute gestellten Forderungen seien bereits erfüllt, offensichtlich gebe es einen Informationsmangel.

Die Hauptaufgabe sei nun, das Vertrauen wiederherzustellen. Die Angst

Forts. auf Blatt 753

der Patienten sei eine Katastrophe, es dürfe einfach nicht vorkommen, daß Patienten soweit in die Angst getrieben werden, daß sie die Annahme lebensnotwendiger Maßnahmen verweigern. Stacher erinnerte daran, daß er als junger Mann verwundet in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten sei; er und seine Kameraden wären dabei nie auf die Idee gekommen, daß der Kriegsgegner im Lazarett Maßnahmen gegen Leib und Leben von Kriegsgefangenen setzen würde.

Stacher wandte sich vehement gegen Verdächtigungen gegen das gesamte Spitalspersonal aus und sprach von einem tiefen Schock der Spitalsmitarbeiter. Nun müsse man aus der schrecklichen Situation das Positive machen, schloß Stacher.

Die Sitzung des Gemeinderats endete um 18.15 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 752